

**Protokoll der 7. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am Freitag, 07.10.2016, 20:03 Uhr im Sitzungssaal
des historischen Rathauses, Rathausgasse 6, 63654 Büdingen**

Anwesend waren:

CDU-Fraktion

Appel, Thomas
Gerlach, Markus
Gohlke, Kerstin
Harris, Benjamin Carlos
Jentzsch, Dieter
Luft, Bernd
Merz, Klaus
Michel, Simone
Preußner, Robert

ab 20:11 Uhr

SPD-Fraktion

Huxhorn-Engler, Sieglinde
Kleta, Rolf
Richter, Horst
Scheid-Varisco, Manfred

FWG-Fraktion

Appel, Thomas W.
Dönges, Sabine
Kraft-Marhenke, Sabine
Majunke, Ulrich
Mäser, Mathias
Schaffrath, Christian
Wiedenhöfer, Peter
Wolf, Peggy

bis 21:50 Uhr

FDP-Fraktion

Patzak, Wolfgang
Preißner, Dorothea

Pro Vernunft-Fraktion

Faust, Wolfgang
Hornung, Reiner

Bündnis 90/Die Grünen

Cott, Joachim
Cott, Susanne

NPD-Fraktion

Ihmig, Willbrand
Kröll, Sören James
Lachmann, Daniel
Pabst, Rüdiger

Stadtverordnetenvorsteher

Marhenke, Reiner

vom Magistrat

Dießl, Reinhold
Klein, Sylvia
Mäser, Norbert
Schierhorn, Wilhelm
Strauch, Henrike Erste Stadträtin
Strehm, Tim
Stürz, Edgar

Schriftführer

Bennemann, Gerhard Magistratsoberrat
Teschke, Sven Dipl.-Verw.

Entschuldigt fehlen:

SPD-Fraktion

Kaiser, Matthias Stefan
Schlösser, Heidi
Schlösser, Stefanie

FWG-Fraktion

Niederwieser, Marcus

Pro Vernunft-Fraktion

Bähr, Gunnar

vom Magistrat

Diefenbach, Horst
Sebulke, Jörg
Spamer, Erich Bürgermeister

Tagesordnung:

- 1 Antrag des Ortsbeirates Büdingen, betr.: Straßenüberquerung an der Schlossmühle
Vorlage: III/040/2016
- 2 Antrag der Fraktion NPD, betr.: Aktualisierung der Richtlinien für Fraktionsfördermittel
Vorlage: III/041/2016
- 3 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU, SPD und FDP, betr.: Ausweitung Schulsozialarbeit auf die Grundschulen Düdelsheim, Wolf und Vonhausen
Vorlage: III/047/2016
- 4 Bericht des Ausschusses Jugend, Kultur und Soziales , betr.: Weiterführung der Schulsozialarbeit
Vorlage: I/024/2016/1/1
- 5 Antrag der Fraktion Pro Vernunft, betr.: Konzept zur Schaffung von Einkaufsmöglichkeiten des tägl. Bedarfs in allen Stadtteilen
Vorlage: III/048/2016

- 6 Zuschuss für die Weiterführung des GutKauf unter Leitung des Diakonischen Werks Wetterau
Vorlage: I/103/2016
- 7 Bericht des Bau- und Planungsausschusses, betr.: Büdingen, Stadtteil Büdingen, Bebauungsplan Nr. 52 "Am Lipperts" - Satzungsbeschluss
Vorlage: I/042/2016/1/1
- 8 Auflösung der Kommission zur Begleitung der Erstaufnahmeeinrichtung; hier: Unterrichtung der Stv
Vorlage: I/048/2016/1
- 9 Abschluss einer Vereinbarung zur Aufhebung des Mietvertrages für die Bodega
Vorlage: I/109/2016/1
- 10 Anfragen aus der Bevölkerung
- 11 Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers
- 12 Aktuelle Anfragen und Magistratsmitteilungen**
 - 12.1 Aktuelle Anfrage des Stv. Merz, betr.: Konzept zur Alamierung der Feuerwehr in den Unterkünften für Flüchtlinge des Wetteraukreises
Vorlage: Anf/016/2016
 - 12.2 Aktuelle Anfrage des Stv. Gerlach, betr.: Probleme bei der Umsetzung der Dorferneuerung Michelau
Vorlage: Anf/017/2016
 - 12.3 Aktuelle Anfrage der Stv. Preißer, betr.: Einspruch des Bürgermeisters gegen den Beschluss um den Steinbruch in Calbach
Vorlage: Anf/018/2016
 - 12.4 Aktuelle Anfrage der Stv. Kraft-Marhenke, betr.: Beleuchtung der Stadtmauer am Untertor
Vorlage: Anf/019/2016
 - 12.5 Aktuelle Anfrage der Stv. Huxhorn-Engler, betr.: Radweg Rinderbügen-Wolferborn-Kefenrod
Vorlage: Anf/020/2016
 - 12.6 Aktuelle Anfrage des Stv. Richter, betr.: Radweg von Eckartshausen nach Langenselbold
Vorlage: Anf/021/2016
 - 12.7 Aktuelle Anfrage des Stv. Richter, betr.: Stellungnahmen zum Planungsverfahren "Windpark Christinenhof"
Vorlage: Anf/022/2016

- 12.8 Aktuelle Anfrage des Stv. Richter, betr.: Planung des Outlet-Centers in den ehemaligen Räumen des Gebäudes JOH in Gelnhausen
Vorlage: Anf/023/2016
- 12.9 Aktuelle Anfrage des Stv. Hornung, betr.: Verein "Demokratie leben"
Vorlage: Anf/024/2016
- 12.1 Aktuelle Anfrage des Stv. Cott, betr.: Drüsiges Springkraut
0 Vorlage: Anf/025/2016
- 12.1 Aktuelle Anfrage des Stv. Kleta, betr.: Situation des Hochwassers in der Industriestraße bei der Firma MW-Dental
1 Vorlage: Anf/026/2016
- 12.1 Aktuelle Anfrage des Stv. Faust, betr.: Beteiligung der IG Radwege am Radwegekonzept
2 Vorlage: Anf/027/2016
- 13 Bericht des Kämmerers über die Kassenlage gemäß Begleitbeschluss 6 zum Haushalt

Anfragen der Fraktionen

- 14 Anfrage der Fraktion FWG, betr.: Verlängerung der Freibadsaison
Vorlage: IV/009/2016
- 15 Anfrage der Fraktion FWG, betr.: Ökopunkte
Vorlage: IV/010/2016
- 16 Anfrage der Fraktion CDU, betr.: Erhöhte Unfallgefahr auf der Kreisstraße 228
Vorlage: IV/011/2016
- 17 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, betr.: Sachstand Sanierungsarbeiten am "Wilden Stein"
Vorlage: IV/012/2016

Anträge der Fraktionen und Beiräte

- 18 Antrag der Fraktion CDU, betr.: Senkung der Stundungszinsen bei Straßenbeiträgen bzw. Anliegergebühren
Vorlage: III/049/2016
- 19 Antrag der Fraktion Pro Vernunft, betr.: Schaffensbeiträge gem. Entwässerungs- und Wasserversorgungssatzung für das ehemalige Kasernengelände
Vorlage: III/050/2016
- 20 Antrag der Fraktion Pro Vernunft, betr.: Geschwindigkeitsbeschränkungen in den Ortsdurchfahrten
Vorlage: III/051/2016

21 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, betr.: Aufbringung zusätzlicher Fahrbahnmarkierungen zur Kenntlichmachung gegenläufigen Radverkehrs in Einbahnstraßen
Vorlage: III/052/2016

22 Antrag der Fraktion NPD, betr.: Burkini-Verbot im Freibad
Vorlage: III/053/2016

Ausschussberichte

23 Bericht des Haupt- und Finanzausschusses; hier: Gemeinsamer Antrag von CDU und Bündnis 90/Die Grünen, betr.: Ausstattung der Hinweisschilder an historischen Gebäuden mit QR-Code
Vorlage: III/023/2016/1

24 Bericht des Haupt- und Finanzausschusses; hier: Änderung der Entschädigungssatzung, hier: Kinder- und Jugendbeirat
Vorlage: II/013/2016/1

25 Bericht des Ausschusses JKS, betr.: Antrag der FWG-Fraktion zur Einführung eines Motivationspreises "Wir gestalten unsere Zukunft"
Vorlage: VI/139/2016

Vorlagen des Magistrates/Bürgermeisters

26 Haushalt 2017
Vorlage: II/025/2016

27 Verwendung zusätzlicher Mittel aus Kommunalinvestitionsprogramm KIP
Vorlage: II/028/2016

28 Magistratsvorlagen Grundstücksgeschäfte

28.1 Interkommunales Gewerbegebiet ZWIGL, Grundstückstausch
Vorlage: II/030/2016

29 Magistratsvorlagen Personalangelegenheiten

30 Bekanntgaben an die SVV

Nachträge zur Tagesordnung

31 Bericht des Ausschusses JKS, betr.: Antrag der CDU-Fraktion über die Zukünftige Jugendarbeit in Büdingen
Vorlage: III/491/2016/1/1

NIEDERSCHRIFT

Stadtverordnetenvorsteher Marhenke eröffnet die Sitzung um 20:00 Uhr. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung und bei 31 anwesenden Stadtverordneten die Beschlussfähigkeit fest.

Er lässt zunächst darüber abstimmen, ob der nachgereichte Ausschussbericht zur Jugendarbeit in Büdingen noch auf die TO genommen werden soll. Dafür stimmen die 31 Anwesenden, damit ist das gesetzliche Quorum erreicht, der Punkt wird al TOP 31 auf die TO genommen.

Er trägt sodann die Empfehlungen des Stadtverordnetenvorstands zur Abarbeitung der Tagesordnung wie folgt vor:

Zurückgezogen und von der TO abgesetzt wird TOP 18.

Ohne Aussprache sollen die TOP 4, 9 Absatz 1, 14, 15, 17, 20, 23, 27 mit Ergänzungen und 31entschieden werden.

Direkt verwiesen werden TOP 3 (JKS), 9 Abs. 2 (H+F), 19 (H+F), 21 (B+P), 25 (JKS) und 28.1 (B+P).

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der vorgeschlagenen Verfahrensweise einstimmig mit 31 Ja-Stimmen zu.

1 Antrag des Ortsbeirates Büdingen, betr.: Straßenüberquerung an der Schlossmühle
Vorlage: III/040/2016

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird beauftragt mit Hessenmobil nach Möglichkeiten zu suchen, um Fußgängern vom Busparkplatz zur neuen Fußgängerbrücke an der Schlossmühle ein sicheres Überqueren der L 3010 zu ermöglichen. Wir bitten dabei besonders den Focus auf die Errichtung einer Bedarfsampel oder Zebra-streifen zu legen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt wie vorgeschlagen mit der Ergänzung, dass auch über eine Wiedereinführung der Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h verhandelt werden soll und regelmäßig, spätestens alle drei Wochen Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt werden sollen.

Abstimmungsergebnis:

Der Ergänzungsantrag wird mehrheitlich mit 29 Ja-Stimmen bei 2 Gegenstimmen und 1 Enthaltung in die Vorlage aufgenommen.

Die ergänzte Vorlage wird mehrheitlich mit 29 Ja-Stimmen bei 1 Gegenstimme und 2 Enthaltungen beschlossen.

2 Antrag der Fraktion NPD, betr.: Aktualisierung der Richtlinien für Fraktionsfördermittel
Vorlage: III/041/2016

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung möge die Richtlinien über die Gewährung und der Verwendung von Zuwendungen aus Haushaltsmitteln der Stadt für die in der Stadtverordnetenversammlung vertretenden Fraktionen aktualisieren. Zur Vorlage soll die dem Antrag beigefügten aktuellen Richtlinien für Fraktionen im Wetterauer Kreistag genommen werden.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung lehnte den Antrag ab.

Abstimmungsergebnis:

Der Verweisungsantrag wurde mehrheitlich mit 4 Ja-Stimmen bei 26 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Der Antrag wurde mehrheitlich mit 4 Ja-Stimmen bei 26 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

- 3 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU, SPD und FDP, betr.: Ausweitung Schulsozialarbeit auf die Grundschulen Düdelsheim, Wolf und Vonhausen**
Vorlage: III/047/2016

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird beauftragt bis zur nächsten JKS-Sitzung am 29.09.2016 folgende

Punkte zu überprüfen:

1. Besteht ein Bedarf an Schulsozialarbeit an den drei Grundschulen der Ortsteile Düdelsheim, Wolf und Vonhausen?
2. Wenn ja, in welchem Umfang besteht der Bedarf?
3. Kann ein möglicher Bedarf über einen Zusatzvertrag mit JJ oder einem anderen freien Träger abgedeckt werden?
4. Schließt der in Kefenrod abgeschlossene Betreuungsvertrag Schulsozialarbeit für die Kinder der drei östlichen Stadtteile (Rinderbügen, Wolferborn und Michelau) mit ein?

Die Ergebnisse sollen im Ausschuss JKS beraten werden.

Beschluss:

Verwiesen an den Ausschuss JKS.

Abstimmungsergebnis:

Die Verweisung erfolgte einstimmig mit 31 Ja-Stimmen.

- 4 Bericht des Ausschusses Jugend, Kultur und Soziales , betr.: Weiterführung der Schulsozialarbeit**
Vorlage: I/024/2016/1/1

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. Die Schulsozialarbeit wird am Wolfgang-Ernst-Gymnasium, der Schule am Dohlberg und an der Stadtschule für fünf Jahre (bis 31.01.2021) weitergeführt.
2. Die Schulsozialarbeit wird an der Schule am Dohlberg sowie an der Stadtschule mit 25,67 Wochenstunden (2/3 Stellen) durchgeführt. Das Stundenkontingent des WEG wird von 9,63 auf 11,63 Stunden erhöht.
3. Der Magistrat wird beauftragt, die Finanzierung von Schulsozialarbeit an den verbleibenden Grundschulen nach der 1/3 Förderung zu klären.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, beim MKK (ZKJS) in Erfahrung zu bringen, wie der offizielle Schlüssel für die Kommunen ist, nach dem die Schulsozialarbeit schulformbezogen gefördert wird.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt wie vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss erfolgte einstimmig mit 30 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung.

**5 Antrag der Fraktion Pro Vernunft, betr.: Konzept zur Schaffung von Einkaufsmöglichkeiten des tägl. Bedarfs in allen Stadtteilen
Vorlage: III/048/2016**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgenden Beschluss:

Der Magistrat erarbeitet umgehend ein Konzept zur Schaffung von Einkaufsmöglichkeiten für Artikel des täglichen Bedarfs in allen Stadtteilen. Bis zur Vorlage und Genehmigung dieses Gesamtkonzeptes durch die Stadtverordnetenversammlung werden keine Einzelmaßnahmen mehr finanziell gefördert.

Beschluss:

Die Ortsbeiräte ermitteln zusammen mit dem Magistrat den Bedarf von Einkaufsflächen für Artikel des täglichen Bedarf sowie den Bedarf an öffentlichen und privaten Dienstleistungen (Bank, Post, Gastronomie, Schulen, medizinische Versorgung, ...) in allen Stadtteilen und erarbeiten ein Konzept zur Schaffung und zum Erhalt wohnortnaher Versorgungseinrichtungen.

Einzelmaßnahmen dürfen mit Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung weiterhin gefördert werden.

Abstimmungsergebnis:

Änderung des Änderungsantrages wie CDU-Antrag: Angenommen mit 28 Ja-

Stimmen bei 3 Gegenstimmen und 1 Enthaltung

Beschluss über den geänderten Änderungsantrag: Angenommen mit 27 Ja-Stimmen bei 4 Gegenstimmen (Nichtbeteiligung Stv. Faust).

Streichung des Satzes 2: Angenommen mit 30 Ja-Stimmen bei 2 Gegenstimmen.

Abstimmung geänderter Antrag: Angenommen mit 27 Ja-Stimmen bei 5 Gegenstimmen.

6 Zuschuss für die Weiterführung des GutKauf unter Leitung des Diakonischen Werks Wetterau
Vorlage: I/103/2016

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass die Diakonie für die nächsten fünf Jahre einen monatlichen Zuschuss in Höhe von 500,- € für den Betrieb des Lebensmittelgeschäfts GutKauf in der Büdinger Altstadt erhält. Es ist ein Gewährvertrag abzuschließen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschloss wie vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss erfolgte einstimmig mit 29 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen und Nichtbeteiligung des Stv. Faust gefasst.

7 Bericht des Bau- und Planungsausschusses, betr.: Büdingen, Stadtteil Büdingen, Bebauungsplan Nr. 52 "Am Lipperts" - Satzungsbeschluss
Vorlage: I/042/2016/1/1

Beschlussvorschlag:

1. Der als Anlage beigefügte Ergebnisbericht über die Beteiligung gem. § 4 Abs. 2 BauGB sowie die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB wird mit Zustimmung zur Kenntnis genommen.
2. Die Stadtverordnetenversammlung billigt die als Anlage beigefügten Beschlussvorschläge zu den vorgebrachten Anregungen und Bedenken. Die Anlage ist Bestandteil des Beschlusses.
3. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt aufgrund der §§ 2 Abs. 1 und 10 BauGB i. V. mit § 81 HBO in der Fassung vom 18. Juni 2002 (GVBl. I S. 274) und § 51 HGO i. d. F. vom 1. April.1993 (GVBl. 1992 I S. 534) den Bebauungsplan Nr. 52 „Am Lipperts“ als Satzung und die Begründung hierzu.
4. Der Magistrat wird beauftragt, das Ergebnis der Prüfung der vorgebrachten Bedenken und Anregungen gem. § 3 Abs. 2 BauGB mitzuteilen und den Bebauungsplan gem. § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekanntzumachen.

chen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschloss wie vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wurde einstimmig mit 26 Ja-Stimmen bei 5 Enthaltungen gefasst.

- 8 Auflösung der Kommission zur Begleitung der Erstaufnahmeeinrichtung;
hier: Unterrichtung der Stadtverordnetenversammlung
Vorlage: I/048/2016/1**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass der Magistrat die Kommission zur Begleitung der Erstaufnahmeeinrichtung aufgelöst hat.

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Die Kenntnisnahme erfolgte einstimmig mit 32 Ja-Stimmen.

- 9 Abschluss einer Vereinbarung zur Aufhebung des Mietvertrages für die Bodega
Vorlage: I/109/2016/1**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem Abschluss der vorgelegten Vereinbarung mit ... zur Aufhebung des Mietvertrages vom 30. April 2013 für die Bodega zu.

Die Stadtverordnetenversammlung hebt ihren Beschluss vom 21. März 2014 zum Verkauf der Bodega auf.

Das Kommunalverfassungsverfahren der Stadtverordnetenversammlung gegen den Bürgermeister ist als erledigt zu erklären.

Abstimmungsergebnis:

Der Absatz 1 wurde mehrheitlich mit 29 Ja-Stimmen bei 2 Gegenstimmen beschlossen.

Die weiteren Absätze wurden einstimmig mit 31 Ja-Stimmen in den Bau- und Planungsausschuss verwiesen.

10 Anfragen aus der Bevölkerung

Es lagen keine Anfragen aus der Bevölkerung vor.

11 Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers

Stadtverordnetenvorsteher Marhenke gibt folgende Änderungen bekannt:

Die Novembersitzung wird um einen Tag vorverlegt auf den 10. November.

Die Dezembersitzung wird statt im Feuerwehrstützpunkt im historischen Rathaus stattfinden.

12 Aktuelle Anfragen und Magistratsmitteilungen

Die vorliegenden Anfragen des Stv. Lachmann werden mit seiner Zustimmung schriftlich an die Fraktionen beantwortet.

1 Anfrage Kita Gebühren

1 a) Wie hoch waren die Einnahmen durch die Kita-Gebühren in den Jahren 2013, 2014 und 2015 und wie schlüsseln sich die Einnahmen auf?

1 b) Wie hoch waren die Personalkosten der Jahre 2013, 2014 und 2015 in den Kindergärten?

2 Nachfrage zu Zuschüssen für die Antifa Bi

2 a) Wurde seitdem die Stadt Büdingen die Antifa Bi finanziell unterstützt, pro Jahr 200,- € überwiesen?

2 b) Wenn nein, wie hoch waren die Summen in den zurückliegenden Jahren?

2 c) Wenn sich die Summe erhöht hat, wann und wer hat dies beschlossen (SVV oder Magistrat)?

2 d) Falls die Summe erhöht wurde: Mit welcher Begründung erfolgte dies?

12.1 Aktuelle Anfrage des Stv. Merz, betr.: Konzept zur Alarmierung der Feuerwehr in den Unterkünften für Flüchtlinge des Wetteraukreises Vorlage: Anf/016/2016

Stv. Merz fragt an, dass das Konzept zur Alarmierung der Feuerwehr in der Erstaufnahmeeinrichtung funktioniere, da sich vor einer Alarmierung der Feuerwehr vor Ort ein Mitarbeiter davon überzeuge, ob tatsächlich ein Brandfall vorliege. Das Konzept sollte möglichst auf die Unterkünfte für Flüchtlinge des Wetteraukreises ausgedehnt werden. Es habe mehrfach, teilweise sehr unüberlegte und kaum notwendige Alarme gegeben, so dass die freiwillige Feuerwehr mitten in der Nacht ausrücken musste und den betroffenen den Schlaf geraubt wurde.

Erste Stadträtin Strauch bestätigt das Problem. Dieses sei auch vom Stadtbrandinspektor im Magistrat angesprochen worden. Die Verwaltung stehe im Gespräch mit dem Wetteraukreis, um eine Lösung zu finden.

12.2 Aktuelle Anfrage des Stv. Gerlach, betr.: Probleme bei der Umsetzung der Dorferneuerung Michelau
Vorlage: Anf/017/2016

Stv. Gerlach erinnert an seine letzte Anfrage. Die Antwort darauf sei nicht nutzbar. Nachdem der Arbeitskreis „Dorferneuerung“ ein Ergebnis erzielt hatte, wurde dieses vom Magistrat ignoriert.

Erste Stadträtin **Strauch** sagt eine schriftliche Antwort zu.

12.3 Aktuelle Anfrage der Stv. Preißer, betr.: Einspruch des Bürgermeisters gegen den Beschluss um den Steinbruch in Calbach
Vorlage: Anf/018/2016

Stv. **Preißer** fragt nach dem Einspruch des Bürgermeisters gegen den Beschluss um den Steinbruch in Calbach, der inzwischen vom Ortsbeirat abgelehnt wurde. Sie möchte wissen, ob der Einspruch auf der nächsten Tagesordnung berücksichtigt werde.

Erste Stadträtin **Strauch** sagt eine Klärung zu.

12.4 Aktuelle Anfrage der Stv. Kraft-Marhenke, betr.: Beleuchtung der Stadtmauer am Untertor
Vorlage: Anf/019/2016

Stv. **Kraft-Marhenke** fragt an, wieso die Stadtmauer am Untertor in der Kernstadt nicht mehr beleuchtet werde.

Erste Stadträtin **Strauch** sagt eine schriftliche Antwort zu.

12.5 Aktuelle Anfrage der Stv. Huxhorn-Engler, betr.: Radweg Rinderbügen-Wolferborn-Kefenrod
Vorlage: Anf/020/2016

Stv. **Huxhorn-Engler** fragt nach der Planung für Radwege an der Straßenverbindung von Rinderbügen über Wolferborn nach Kefenrod. Die Strecke gehöre mit zu den gefährlichsten im Stadtgebiet und die Bevölkerung in Büdingens Osten habe ein großes Interesse am Ausbau sicherer Radwege. Deshalb bitte sie um die Beantwortung folgender Fragen:

Für den Radweg Wolferborn-Kefenrod sind im Haushalt 2016 für Planung und Grundstücksankäufe 50 000 € eingestellt, für den Radweg Wolferborn-Rinderbügen sind es 20.000 € für die Planung.

- Wie ist der Stand der Planung?
- Hat es bereits Gespräche zu den benötigten Grundstücken gegeben?
- Was ist von dem eingestellten Geld bisher ausgegeben?
- Sollte mit den Planungen bisher noch nicht begonnen worden sein, wann ist mit dem Beginn zu rechnen?

Erste Stadträtin **Strauch** berichtet, dass bisher eine Vorplanung betreffend des Radweges Büdingen-Rinderbügen noch nicht erstellt worden sei. Es hätten

mehrere Gespräche mit dem Wetteraukreis, Kefenrod und Gedern stattgefunden. Die Strecken sollten im Radwegeverkehrsplan des Wetteraukreises einfließen. Mit Ergebnissen sei im Laufe des Jahres 2017 zu rechnen. Eventuell könnten Mittel des KIP eingesetzt werden, diese seien jedoch auf den Individualverkehr beschränkt.

12.6 Aktuelle Anfrage des Stv. Richter, betr.: Radweg von Eckartshausen nach Langenselbold
Vorlage: Anf/021/2016

Angeregt durch die Beantwortung der beiden Anfragen des Stadtverordneten Bähr vom 27.09.2016 stellt Stv. **Richter** die folgenden drei Anfragen:
Wie hoch sind die Gesamtkosten des Radweges von Eckartshausen nach Langenselbold und wie viel Prozent davon werden laut Zuwendungsbescheid vom 03.11.2015 gedeckt?

Erste Stadträtin **Strauch** berichtet, dass die Gesamtbaukosten 480.000 € betragen werden. Förderfähig seien 318.200 €. Bei einer Förderung von 70 % betrage der Zuschuss 220.700 €.

12.7 Aktuelle Anfrage des Stv. Richter, betr.: Stellungnahmen zum Planungsverfahren "Windpark Christinenhof"
Vorlage: Anf/022/2016

Auch wenn keine privaten Stellungnahmen zum Planungsverfahren Windpark „Christinenhof“ eingegangen sind, ist doch davon auszugehen, dass das öffentliche Interesse an der Einsicht in die Planungs- und Genehmigungsunterlagen bei der Stadt Büdingen erheblich gewesen sein muss. Wie viel Personen haben von diesem Einsichtsrecht Gebrauch gemacht?

Erste Stadträtin **Strauch** berichtet, dass fünf Personen vom Einsichtsrecht Gebrauch gemacht hätten.

12.8 Aktuelle Anfrage des Stv. Richter, betr.: Planung des Outlet-Centers in den ehemaligen Räumen des Gebäudes JOH in Gelnhausen
Vorlage: Anf/023/2016

Die Anfrage beziehe sich auf den Bau des geplanten Outlet – Centers in den ehemaligen Räumen der Gebäude JOH in Gelnhausen.

1. Wurde der Magistrat oder die Verwaltung von offizieller Seite über diese Maßnahme informiert?
2. Ist bekannt ob für diese Maßnahme ein B-Plan Verfahren der Gemeinde Gelnhausen eingeleitet wurde? Wenn ja, wurde die Stadt Büdingen um Stellungnahme gebeten? Wenn dem so ist, wie lautet die Stellungnahme der Stadt Büdingen?
3. Wurde von der Stadt Büdingen überhaupt eine Stellungnahme abgegeben?

Erste Stadträtin **Strauch** berichtet, dass es keine Anfrage an die Stadt gegeben habe, da solche nur direkt angrenzende Gemeinden gerichtet würden.

12.9 Aktuelle Anfrage des Stv. Hornung, betr.: Verein "Demokratie leben"
Vorlage: Anf/024/2016

Unter Bezug auf den Eilantrag von Joachim Cott vom 08.03.2016 möchte Stv. **Hornung** wissen, was aus dem Beschluss zum Thema „Demokratie leben“ geworden ist, bzw. wie es um die Beteiligung stehe. Er möchte wissen, wie sich das gebildete Gremium zusammensetze und wie er sich noch anmelden könne. Ebenso würde er gerne wissen, ob es einen Bericht gebe und auf welche Weise eine demokratische Wahl des Vorstandes zustande gekommen sei.

Erste Stadträtin **Strauch** berichtet, dass jeder Mitglied des Vereins werden könne. Die Wahlen wären durch eine Mitgliederversammlung durchgeführt worden. Der Verein sei gegründet worden, weil es Fördermittel nur an Vereine gebe. Sie sagt einen Bericht des Magistrats zu.

12.10 Aktuelle Anfrage des Stv. Cott, betr.: Drüsiges Springkraut
Vorlage: Anf/025/2016

Stv. **Cott** fragt an, ob es Erfolgsmeldungen bezüglich der Bekämpfung des drüsigen Springkrauts gebe.

Erste Stadträtin **Strauch** sagt eine schriftliche Antwort zu.

12.11 Aktuelle Anfrage des Stv. Kleta, betr.: Situation des Hochwassers in der Industriestraße bei der Firma MW-Dental
Vorlage: Anf/026/2016

Stv. **Kleta** fragt an ob die Situation des Hochwassers in der Industriestraße bei der Firma MW-Dental bis zum nächsten Starkregen durch die Offenlegung des Grabens gelöst sei.

Erste Stadträtin **Strauch** sagt eine schriftliche Antwort zu.

12.12 Aktuelle Anfrage des Stv. Faust, betr.: Beteiligung der IG Radwege am Radwegekonzept
Vorlage: Anf/027/2016

Stv. **Faust** fragt an, ob sich seit dem Beschluss über die Radwegeplanung mit der IG Radwege wegen des Radwegekonzeptes gekümmert worden sei. Insbesondere interessiere es ihn, ob Herr Lommel darüber informiert und die betroffenen Mitglieder bereits eingeladen seien.

Erste Stadträtin **Strauch** sagt eine schriftliche Antwort zu.

13 Bericht des Kämmerers über die Kassenlage gemäß Begleitbeschluss 6 zum Haushalt

Kontostände	Auszug vom	Stand	zuzügl. Abbuchungen	Endstand

			abzgl. Über- weisun- gen	
Sparkasse	04.10.2016	393.996,64		393.996,64
<i>Vorjahr 07.10.2015</i>				<i>-530.265,28</i>
VR Bank	04.10.2016	163.578,34		163.578,34
<i>Vorjahr 07.10.2015</i>				<i>106.136,54</i>
Postbank	04.10.2016	40.652,08		40.652,08
<i>Vorjahr 07.10.2015</i>				<i>42.740,47</i>
Gesamtsumme				598.227,06
<i>Vorjahr 07.10.2015</i>				<i>-381.388,27</i>
Ausgaben/ Rechnungen	nächste Fällig- keit			
fertig zum überweisen				96.626,81
erfasste Rechnungen im Um- lauf				133.761,99
Eingangs-Rechnungen			ca.	160.000,00
Kreis/Schulumlage				0,00
Gehälter			ca.	0,00
Gesamtsumme				390.388,80
Einnahmen				
Schlüsselzuweisung				0,00
Abbuchungslauf Steuern u. a.			ca.	0,00
Gem.ant. Steuern 31.12.				0,00
Gesamtsumme				0,00
Bankbestand				598.227,06
Verbindlichkeiten				-390.388,80
Forderungen				0,00
Kassenkredithöhe				12.000.000,00
(12 Mio. Sparkasse Oberhes- sen)				
Endstand 05.10.2016				207.838,26
Endstand inkl. Kassenkredit 05.10.2016				-11.792.161,74
<i>sonstige Forderungen Vorjahr</i>				<i>0,00</i>

<i>sonstige Verbindlichkeiten Vorjahr</i>				-366.360,46
Endstand inkl. Kassenkredit (13 Mio.) 08.10.2015				-13.747.748,73
Vergleich Endstand 2016/2015				1.955.586,99

Schlüsselzuweisung und Kreis-/Schulumlage entsprechen der vorl. Haushaltsplanung

Kassenkredit 10 Mio. Euro umgeschuldet von der NRW Bank zur Sparkasse Oberhessen (bis zum 12.06.2017 0,02 % Zinsen)

Kassenkredit SPK Oberhessen reduziert von 3 Mio. auf 2 Mio. Euro (bis zum 12.06.2017 0,02 %)

Anfragen der Fraktionen

14 Anfrage der Fraktion FWG, betr.: Verlängerung der Freibadsaison Vorlage: IV/009/2016

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

bitte nehmen Sie die nachfolgende große Anfrage der FWG-Fraktion auf die Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung.

Große Anfrage der FWG-Fraktion an den Magistrat betreffend „Verlängerung der Freibadsaison“

Durch den sonnigen und warmen Spätsommer wurde die Freibadsaison verlängert, sodass eine Nutzung des Büdinger Freibades bis einschließlich Sonntag den 18.09.2016 möglich war. Dies begrüßt die FWG-Büdingen sehr und das deckt sich auch mit unseren Wünschen, die wir in unserem Antrag zur flexiblen Anpassung der Öffnungszeiten des Büdinger Freibades zum Ausdruck brachten.

Die Stadt Hanau stellte bereits am Donnerstag, den 15.09.2016 den Badebetrieb im Heinrich-Fischer-Bad ein und veranstaltete am Sonntag, den 18.09.2016 dort direkt im Anschluss an die Badesaison einen Hundebadetag.

Auf Grund der Annahme, dass der Veranstaltung eines Hundebadetages zahlreiche Planungen und Maßnahmen vorausgehen, stellt sich für uns die Frage, ob damit die Flexibilität für eine Verlängerung der Freibadsaison im Spätsommer eingeschränkt wird.

Dazu unsere Fragen:

1) Welcher Zeitraum wird benötigt, um die Schwimmbecken auf die Be-

- dürfnisse eines Hundebadetages einzurichten? Nach unseren Informationen muss hierfür der Wasserspiegel abgesenkt werden und vor allem das Chlor aus dem Wasser verschwunden sein.
- 2) Zu welchem Zeitpunkt vor Saisonende muss bereits ein Hundebadetag zeitlich fixiert werden? Auf Grund der Werbemaßnahmen für die Veranstaltung (Anzeigen, Flyer und Plakate), der notwendigen Organisation und der Terminvereinbarung mit den Betreibern der Verkaufs- und Informationsstände wird ein gewisser Zeitraum benötigt. Dies würde das Ende der Badesaison im Vorfeld festlegen - wahrscheinlich schon zu einem Zeitpunkt zu dem noch nicht absehbar ist, ob es einen warmen und sonnigen Spätsommer gibt.
- 3) Welche Kosten würden pro Woche entstehen, wenn ein Hundebadetag so weit in den Herbst verschoben würde, dass keine Einschränkungen für den Badebetrieb entstehen könnten? Es ist zu vermuten, dass unter anderen Faktoren eine fortlaufende Chlorung mit Pumpenbetrieb und anhaltenden Reinigungsmaßnahmen eine Rolle spielen, wenn für einen Hundebadetag eine gute und keimarme Wasserqualität gewünscht wird.

Mit freundlichen Grüßen
Christian Schaffrath
(Fraktionsvorsitzender)

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung ist mit einer schriftlichen Beantwortung einverstanden.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss erfolgte einstimmig mit 31 Ja-Stimmen.

**15 Anfrage der Fraktion FWG, betr.: Ökopunkte
Vorlage: IV/010/2016**

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

bitte nehmen Sie die nachfolgende große Anfrage der FWG-Fraktion auf die Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung.

Große Anfrage der FWG-Fraktion an den Magistrat betreffend „Ökopunkte“

Im Juni hat die Freie Wählergemeinschaft Büdingen einen Antrag zur Schaffung von „Ausgleichsflächen für den Naturschutz“ gestellt. In der Begründung wurde angeführt, dass neben dem Naturschutz, der im Vordergrund steht, auch Ökopunkte generiert und verkauft werden können. Nach unserer Meinung können so auch erhebliche Einnahmen für die Gemeinde erzielt werden. In der Beratung des Antrages im Bau- und Planungsausschuss wurde dies von anderen Fraktionen äußerst kritisch beurteilt und angeführt, dass es aktuell

sehr schwer wäre Ökopunkte zu verkaufen und man eigentlich mit keinen Erträgen rechnen könnte.

Mit der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 16.09.2016 haben wir auch die Waldwirtschaftspläne 2017 erhalten. Hier sind geplante Erträge aus dem Verkauf von Ökopunkten in äußerst großem Umfang zu finden:

Für den Wirtschaftswald: 10.000,- Euro

Für den Erholungswald: 200.000,- Euro

Auf Grund dieser sehr hohen geplanten Erträge stellen wir folgende Fragen:

- 1) Wie viele Ökopunkte wurden in den vergangenen 5 Jahren verkauft und welche Einnahmen wurden dadurch erzielt?
- 2) Wie viele Ökopunkte befinden sich aktuell auf dem Ökokonto der Stadt Büdingen?
- 3) Welche Verkäufe (Anzahl) von Ökopunkten sind für die nächsten Jahre geplant? Welcher Betrag kann dabei voraussichtlich pro Ökopunkt im Durchschnitt erzielt werden?
- 4) Welche Maßnahmen sind geplant, um weitere Ökopunkte zu generieren, wenn diese gewinnbringend verkauft werden können?

Mit freundlichen Grüßen

Christian Schaffrath

(Fraktionsvorsitzender)

Antwort des Stadtbauamtes/Forsten:

Punktstand des Ökopunktekontos:

Auf dem Ökopunktekonto der Stadt Büdingen wurden bis heute 4.330.043 Punkte erwirtschaftet. Hiervon wurden für Bauleitplanungen 1.496.929 Punkte verwertet.

Der Punktstand beträgt somit derzeit 2.833.114 Punkte.

Hiervon stehen für waldbauliche Maßnahmen wie Waldrandgestaltungen und Waldumwandlungen 1.330.070 Punkte im Zuwachs. Diese Maßnahmen sollen ab 2019 bis 2032 abgeschlossen sein und bringen sodann insgesamt 4.167.286 Punkte.

Während des Zuwachses dürfen die bereits gewährten Punkte nicht verwertet werden, da der Zuwachs ansonsten verfällt.

Es liegen folgende Reservierungen für Ökopunkte vor:

Interkommunales Gewerbegebiet Limes, 1 BA noch 680.961 Punkte

Interkommunales Gewerbegebiet Limes, 2 BA 328.750 Punkte

Radweg Eckartshausen mit 44.765 Punkten

Somit stehen derzeit insgesamt noch 448.568 Punkte zur weiteren Verwendung zur Verfügung.

Verkauf von Ökopunkten:

Bezüglich der Darstellung des Wertes des Ökopunktekontos im Haushalt der Stadt Büdingen wird gemäß Mitteilung des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport auf die Aktivierung von Ökopunkten im Anlage- und Umlaufvermögen der Vermögensrechnung verzichtet. Eine Darstellung von Punkten in den Haushalten der Stadt Büdingen erfolgt erst durch den tatsächlichen Verkauf von Punkten.

Ein Ökopunkt wird derzeit mit 0,35 Euro berechnet.

Seit 2012 wurden folgende Verkaufserlöse erzielt:

Für verschiedene Bebauungsplanverfahren (Privat 2012 bis heute) erfolgte eine Berechnung von insgesamt 30.467,50 Euro für 87.050 Punkte.

Für den Verkauf der Bauplätze im Baugebiet „Sonnwiesenrain“ Eckartshausen wurden seit April 2013 insgesamt 47.192,65 Euro für den Verbrauch von Ökopunkten erzielt. Es steht noch ein Verkauf von drei Bauplätzen aus (ca. 5.600,00 Euro).

Für das interkommunale Gewerbegebiet „Limes“ wurden 972.801 Punkte reserviert. In der Vereinbarung mit dem Zweckverband wurde geregelt, dass für 30 % der in das Verfahren eingebrachten Ökopunkte nach Fertigstellung der Erschließung der jeweiligen Kommune erstattet werden. 291.840 Ökopunkte wurden in 2016 berechnet und ergaben einen Erlös von 102.144,00 Euro. Der Erlös für die restlichen Punkte wird in 2017 fließen. Werden keine Kompensationsmaßnahmen seitens des Interkommunalen Gewerbegebietes durchgeführt, werden für insgesamt 680.961 Ökopunkte 238.336,36 Euro berechnet. Sollten jedoch noch Kompensationsmaßnahmen durchgeführt werden, verringert sich die Berechnung der restlichen Punkte. Daher wurden im WWPL 2017 im Erholungswald erst einmal nur 200.000 Euro eingeplant.

Angrenzend an das Interkommunale Gewerbegebiet „Limes“ erfolgt derzeit für einen zweiten Bauabschnitt ein weiteres Bebauungsplanverfahren. Hierfür wurden vom Ökopunktekonto der Stadt Büdingen weitere 328.750 Ökopunkte reserviert. Im Idealfall würden hier in den nächsten Jahren insgesamt 115.062,50 Euro fließen.

Die Firma Revikon hat angefragt ob die Möglichkeit besteht, für eine Änderung im Bebauungsplan des ehemaligen Kasernengeländes evtl. von der Stadt Büdingen Ökopunkte zu erhalten. Eine Aussage bezüglich der Menge kann derzeit noch nicht getroffen werden.

Das gleiche gilt für evtl. anstehende Verfahren Windkraft.

Für die angefragten Maßnahmen wurden im WWPL 2017 im Wirtschaftswald einmal ganz vorsichtige 10.000 Euro eingestellt.

Im Investitionsprogramm der Stadt Büdingen für die nächsten Jahre sind Mittel für Wohnmobilstellplätze, die Dorferneuerung Wolferborn/Michelau, die Radwegeplanung, das Bebauungskonzept Langgewann sowie für neue Wohnbaugebiete in Düdelsheim und Eckartshausen aufgeführt, so auch gegebenenfalls das Hochwasserrückhaltebecken „Am Hammer“.

Für diese Maßnahmen könnte ein Bedarf für Ökopunkte bestehen. In welcher Höhe die jeweilige Maßnahme zu Buche schlägt, kann erst mit der Planung ermittelt werden.

Planungen zur Generierung von Ökopunkten:

Im Rahmen der Generierung von Ökopunkten für das Gewerbegebiet Reichardsweide sollte in 2016 eine Maßnahme Höhe Heliport umgesetzt werden. Da das Ausschreibungsergebnis den angedachten Kostenrahmen bei weitem überstiegen hat, wurde die Maßnahme zurückgestellt; eine Neuausschreibung erfolgt Ende 2016/Anfang 2017. Im Rahmen dieses Verfahrens besteht evtl. die Möglichkeit zusätzliche Punkte für eine andere Verwendung zu erhalten.

In Abstimmung mit Andreas Mohr, Umweltbeauftragter Düdelsheim, sind Flächen im Bereich Seemenbach in der Gemarkung Düdelsheim ausgedeutet worden, deren Umsetzung in den Folgejahren mit geringem Kostenaufwand möglich sein sollte. Hier werden nicht nur Ökopunkte generiert, sondern gleichzeitig auch ein Beitrag zum Hochwasserschutz geliefert.

Der Antrag der FWG-Fraktion zur Schaffung von „Ausgleichsflächen für den Naturschutz“ wird ebenfalls der Generierung von Ökopunkten dienen. Hierzu wird die Liegenschaftsabteilung in Abstimmung mit den Ortsbeiräten, den Landwirten, der Jägerschaft sowie der Naturschutzbehörde ein Konzept ausarbeiten. Der Antrag der Fraktion Pro Vernunft, die nicht benötigten städtischen Feldwege nach dem Düdelsheimer Modell zu bewirtschaften, wird ebenfalls einfließen.

Wie bereits unter der Rubrik Punktstand angemerkt stehen für waldbauliche Maßnahmen wie Waldrandgestaltungen und Waldumwandlungen 1.330.070 Punkte im Zuwachs. Diese Maßnahmen sollen ab 2019 bis 2032 abgeschlossen sein und bringen sodann insgesamt 4.167.286 Punkte. Diese Punkte können je nach Endabnahme sodann verwertet werden.

Abschließende Stellungnahme Forst

Der Stadtwald Büdingen ist aus ökologischer Sicht so positiv ausgestattet und hochwertig, dass nur wenige Möglichkeiten bestehen diesen in ökologisch-ökonomischer Sicht (Ökopunkte) weiter aufzuwerten. Im Stadtwald Büdingen wurden derzeit insgesamt 3.3 Mio. Ökopunkte erwirtschaftet. Nach Abschluss des Zuwachses und der bereits verbrauchten Ökopunkte aus dem Stadtwald wird eine Generierung von insgesamt 6.0 Mio. Ökopunkten aus dem Stadtwald Büdingen zu Buche schlagen.

In den vergangenen Jahren konnten Einzelbäume (Höhlenbäume) anerkannt werden, die auch sofort verwertbar waren. Es wurden für 449 Bäume insgesamt 743.120 Ökopunkte gewährt. Dies ist nicht mehr möglich, der Gesetzgeber sieht dies jetzt als eine Gemeinwohlverpflichtung der Waldbesitzer an. Bei diesen Maßnahmen wurde mit wenig finanziellem Aufwand ein enormes Wertepunktevolumen erwirtschaftet, da seinerzeit auf das Fällen dieser Bäume verzichtet wurde.

Die Anlage von Feuchtbiotopen erbrachte sofort verwertbare Punkte. Diese werden jetzt nicht abschließend bewertet, sondern stehen im Zuwachs. Diese Maßnahmen sind auch nicht kostenfrei, konnten jedoch im Rahmen von Waldwegebaumaßnahmen kostengünstig hergestellt werden, da das Wasser von den Wegen abgeleitet werden musste.

Waldrandgestaltungen sind pflegeintensiv, ergeben jedoch viele Ökopunkte. Solche Maßnahmen stehen im Zuwachs von bis zu 20 Jahren. Waldränder haben aufgrund ihrer Lage zwischen Wald und landwirtschaftlicher Flächen einen schutzwürdigen Biotopcharakter. Daneben schützen sie den Wald selbst vor Sturm. Es ist eine besondere Bestandpflege notwendig. Die Umwandlung erfolgt an Waldrändern, welche überwiegend mit Nadelholz bestockt sind in funktionsgerechte Waldränder mit Kraut-, Strauch- und Laubholzschicht.

Waldumbaumaßnahmen, wie zum Beispiel Nadelholz in Laubholz umzuwandeln, ist nur auf vereinzelt Flächen möglich und sinnvoll. Diese benötigen aber ebenfalls mehrere Jahre bis der gesamte Punktwert gutgeschrieben werden kann.

Möglichkeiten Ökopunkte zu generieren sind Aufforstungen auf städtischen Flächen als gleichzeitige vorgeifende Ersatzaufforstungsmaßnahmen für Waldrodungen (Steinbrüche, Windräder, Wasserbehälter, Versorgungsstraßen).

Waldstillegungen sind aus volks- und betriebswirtschaftlicher Sicht nicht sinnvoll.

Wasserrückhaltungen zur Hochwasserminimierung die im Wald durchgeführt werden, können auch Ökopunkte erbringen. Die Investitionskosten, welche hierfür notwendig sind, können aber nicht nur aus dem Waldhaushalt erbracht werden. Da sie den derzeitigen Wert der Ökopunkte gemäß der Kompensationsverordnung übersteigen, müssen andere Nutzwerte (z. B. die Natur, die Bürger, den Grundwasserschutz, ökologisch-volkswirtschaftlichen Werte etc.) dagegen gerechnet werden. Insofern sind grundsätzlich bei den Kosten auch andere Produktbereiche der Stadt betroffen.

gez.

Verw.-Angest.

Beschluss:

Die schriftliche Antwort wird als ausreichend zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss erfolgte mehrheitlich mit 30 Ja-Stimmen bei 1 Gegenstimme.

16 Anfrage der Fraktion CDU, betr.: Erhöhte Unfallgefahr auf der K 228 Vorlage: IV/011/2016

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

ich bitte Sie, die nachfolgend Große Anfrage auf die Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetensitzung zu nehmen.

Erhöhte Unfallgefahr auf der Kreisstraße 228

Große Anfrage:

In den letzten Monaten kam es zu einer auffälligen Häufung von teilweise schweren Unfällen auf der Kreisstraße 228 in den Kurven kurz vor dem Ortseingang Orleshausen auf Höhe des Umspannwerkes. Deshalb begrüßt die CDU-Fraktion, dass Hessen-Mobil den Belag der Fahrbahn erneuern und die Randstreifen mit Rasengittersteinen befestigen lässt.

Hierzu stellen wir folgende Fragen:

- 1) Sind die oben genannten Maßnahmen Belagerneuerung und Randstreifenbefestigung ausreichend, um eine deutliche Senkung der Zahl schwerer Unfälle zu erreichen?
- 2) Wenn Nein, welche weiteren Maßnahmen sind geplant?
- 3) Sollten weitere Maßnahmen geplant sein, wird dabei auch über ein Überhol-

verbot
oder eine Geschwindigkeitsbegrenzung nachgedacht?

Eine Aussprache wird vorsorglich beantragt.

Mit freundlichen Grüßen
Benjamin Carlos Harris
Fraktionsvorsitzender

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung ist damit einverstanden, dass der Sachverhalt in der nächsten Verkehrsschau in diesem Monat mit den Fachbehörden besprochen wird.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss erfolgte einstimmig mit 31 Ja-Stimmen.

**17 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, betr.: Sachstand Sanierungsarbeiten am "Wilden Stein"
Vorlage: IV/012/2016**

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

bitte nehmen Sie folgende Anfrage an den Magistrat auf die Tagesordnung der 06. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 07.10.2016:

Sachstand Sanierungsarbeiten am „Wilden Stein“

1. Wie ist der Sachstand bei der Sanierung des Wilden Steins?
2. Wurden bereits Angebote zum aktuellen Planungsstand eingeholt wie im März 2015 im Haupt- und Finanzausschuss beschlossen?
3. Wurde die aktuelle Ausführungsplanung bislang einem Ausschuss oder dem Magistrat vorgelegt?
4. Wurden Aufträge erteilt?
5. Wie hoch ist das bislang erzielte Spendenaufkommen für die Sanierung, das ein Büdinger Bürger initiierte?
6. Wann werden die Arbeiten abgeschlossen sein?

Eine Aussprache wird beantragt.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Joachim Cott

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung ist mit einer schriftlichen Beantwortung der Anfrage einverstanden.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss erfolgte einstimmig mit 31 Ja-Stimmen.

Anträge der Fraktionen und Beiräte

- 18 Antrag der Fraktion CDU, betr.: Senkung der Stundungszinsen bei Straßenbeiträgen bzw. Anliegergebühren**
Vorlage: III/049/2016

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt folgende Ergänzung der Straßenbeitragssatzung (StrBS) vom 8. September 2006:

„Dem § 16 Fälligkeit wird folgender Absatz hinzugefügt:

(2) Die Zahlung des Beitrags kann gegen Erhebung eines Zinses von 2% pro Jahr gestundet werden. Im Übrigen gelten die Richtlinien über die Zuständigkeiten und das Verfahren bei Stundungen der Stadt Büdingen.“

Beschluss:

Der Antrag wurde zurückgezogen.

- 19 Antrag der Fraktion Pro Vernunft, betr.: Schaffensbeiträge gem. Entwässerungs- und Wasserversorgungssatzung für das ehemalige Kasernengelände**
Vorlage: III/050/2016

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird beauftragt, zur Klärung der Frage ob und in welchem Umfang für das Gebiet der ehemaligen Kaserne Schaffensbeiträge gemäß unserer Entwässerungs- und Wasserversorgungssatzung erhoben werden müssen, einen Fachanwalt zu Rate zu ziehen.

Der Stadtverordnetenversammlung ist in der nächsten Sitzung zu berichten.

Beschluss:

Der Antrag wurde in den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Die Verweisung erfolgte einstimmig mit 31 Ja-Stimmen.

- 20 Antrag der Fraktion Pro Vernunft, betr.: Geschwindigkeitsbeschränkungen in den Ortsdurchfahrten**
Vorlage: III/051/2016

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat bzw. die Straßenverkehrsbehörde der Stadt Büdingen wird beauftragt mit den zuständigen Behörden (Land Hessen, Regierungspräsidium, Wetteraukreis, Polizei, Hessen Mobil) in allen Stadtteilen die Einführung von Geschwindigkeitsbegrenzungen tagsüber, zumindest aber in der Zeit von 22 bis 6 Uhr, in allen Ortsdurchfahrtsstraßen mit überörtlichem Verkehr (Bundes-, Landes- und Kreisstraßen) zu prüfen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschloss wie beantragt.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss erfolgte einstimmig mit 32 Ja-Stimmen.

- 21 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, betr.: Aufbringung zusätzlicher Fahrbahnmarkierungen zur Kenntlichmachung gegenläufigen Radverkehrs in Einbahnstraßen**
Vorlage: III/052/2016

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat mit der Aufbringung zusätzlicher Fahrbahnmarkierungen an Einbahnstraßen zum besseren Schutz für Radfahrer.

Beschluss:

Der Antrag wurde an den Bau- und Planungsausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Die Verweisung erfolgte einstimmig mit 31 Ja-Stimmen.

- 22 Antrag der Fraktion NPD, betr.: Burkini-Verbot im Freibad**
Vorlage: III/053/2016

Beschlussvorschlag:

Die Badeordnung für das Freischwimmbad der Stadt Büdingen wird im § 5 Verhalten im Freibad unter Punkt 2 wie folgt ergänzt:
„Der Aufenthalt im Freibad ist nur in üblicher Badekleidung gestattet. Das Tragen des Burkini ist aus hygienischen Gründen untersagt.“

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt den Antrag ab.

Abstimmungsergebnis:

Die Verweisung wurde mehrheitlich mit 4 Ja-Stimmen bei 27 Gegenstimmen abgelehnt.

Die Ablehnung des Antrages erfolgte mehrheitlich mit 27 Gegenstimmen bei 4 Ja-Stimmen.

Ausschussberichte

- 23 Bericht des Haupt- und Finanzausschusses; hier: Gemeinsamer Antrag von CDU und Bündnis 90/Die Grünen, betr.: Ausstattung der Hinweisschilder an historischen Gebäuden mit QR-Code
Vorlage: III/023/2016/1**

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Ausstattung der Hinweisschilder an historischen Gebäuden mit QR-Code zu beschließen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschloss wie vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss erfolgte einstimmig mit 32 Ja-Stimmen.

- 24 Bericht des Haupt- und Finanzausschusses; hier: Änderung der Entschädigungssatzung, hier: Kinder- und Jugendbeirat
Vorlage: II/013/2016/1**

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgende Änderung der Entschädigungssatzung durchzuführen:

„Änderungssatzung zur Entschädigungssatzung der Stadt Büdingen im Wetteraukreis“

Art. I

Aufgrund der §§ 5 und 27 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) vom 16. Dezember 2011 (GVBl. I S. 786) in der derzeit gültigen Fassung, hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Büdingen am _____ folgende Satzung zur Änderung der Entschädigungssatzung beschlossen:

§ 3 Absatz 1 der Entschädigungssatzung wird um folgenden Text ergänzt:

Die Mitglieder des Kinder- und Jugendbeirates erhalten eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 15,00 €/Sitzung für maximal 6 Sitzungen im Jahr und für höchstens 15 Mitglieder.

Art. II

Die übrigen Vorschriften der Entschädigungssatzung bleiben unberührt.

Art. III

Die Satzung tritt am 1. Mai 2016 in Kraft.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschloss wie vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Der Änderungsantrag wurde mehrheitlich mit 8 Ja-Stimmen bei 14 Gegenstimmen und 8 Enthaltungen abgelehnt.

Der Ausschussvorschlag wurde mehrheitlich 24 Ja-Stimmen bei 4 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen angenommen.

- 25 Bericht des Ausschusses JKS, betr.: Antrag der FWG-Fraktion zur Einführung eines Motivationspreises "Wir gestalten unsere Zukunft"
Vorlage: VI/139/2016**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt unter dem Arbeitstitel „Wir gestalten unsere Zukunft“ die Einführung eines Motivationspreises als Anerkennung für das ehrenamtliche Engagement junger Menschen.

Die Altersgrenze wird auf bis 25 Jahre beschränkt. Die Verleihung des Motivationspreises soll im Rahmen der Sportlerehrungen durchgeführt werden.

Beschluss:

Zurückverwiesen in den Ausschuss JKS mit der Maßgabe, Einzelheiten zu dem Preis auszuarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

Die Rückverweisung wurde einstimmig mit 31 Ja-Stimmen beschlossen.

Vorlagen des Magistrates/Bürgermeisters

- 26 Haushalt 2017**

Vorlage: II/025/2016

Beschlussvorschlag:

Der Entwurf der Haushaltssatzung wird zur Beratung in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht und an den Haupt- und Finanzausschuss zur weiteren Beratung gemäß § 97 Abs. 3 S. 2 HGO verwiesen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung verweist die Vorlage in den Haupt- und Finanzausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Die Verweisung erfolgte einstimmig mit 31 Ja-Stimmen.

**27 Verwendung zusätzlicher Mittel aus Kommunalinvestitionsprogramm KIP
Vorlage: II/028/2016**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten die Maßnahmeliste KIP mit der Maßgabe, dass nicht mehr Mittel verausgabt werden als aus dem Kommunalinvestitionsprogramm zu Verfügung stehen, zu beschließen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschloss wie vorgeschlagen mit der Maßgabe, dass folgende vier Maßnahmen noch an die Liste angehängt werden:

1. Radweg von Aulendiebach zur Bundesstraße.
2. Radweg von Rohrbach zur Bundesstraße.
3. Radweg von Wolferborn nach Kefenrod.
4. Energetische Sanierung des historischen Rathauses (Fenster und Heizung)

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss erfolgte einstimmig mit 29 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung und Nichtbeteiligung des Stv. Faust.

Magistratsvorlagen Grundstücksgeschäfte

**28.1 Interkommunales Gewerbegebiet ZWIGL, Grundstückstausch
Vorlage: II/030/2016**

Beschlussvorschlag:

Die Herren ..., sind Eigentümer des im Erweiterungsgebiet des Geltungsberei-

ches ZWIGL gelegenen Grundstückes Gemarkung Himbach, Flur 8 Nr. 119/3, 16.396 m².

Der Wert dieses Grundstückes ist im Umlegungsverfahren auf 13,00 €/m² = 213.148,00 festgesetzt.

Die Herren Euler verkaufen dieses Grundstück an den ZWIGL.

Die Stadt Büdingen ist Eigentümerin des Grundstückes Gemarkung Vonhausen, Flur 4 Nr. 47/13, Haingründauer Weg, 1.863 m².

Der Wert dieses Grundstückes beträgt 5,00 €/m² = 9.315,00 €

Die Stadt Büdingen ist außerdem Eigentümer des Grundstückes Gemarkung Vonhausen, Flur 15 Nr. 131, 5.393 m².

Der Wert dieses Grundstückes wird auf 2,50 €/m² = 13.482,50 €

Die Stadt verkauft diese Grundstücke an die Herren

Im Vertrag ist aufzunehmen, dass sich die Herren ... verpflichten, für den Fall, dass die Grundstücke einmal Bauland werden, eine Nachzahlung zu leisten in Höhe der Differenz zwischen dem jetzt gezahlten Kaufpreis und einem dann festzusetzenden Wert in einer Baulandumlegung.

Der Vertrag Stadt an ... wird erst abgeschlossen, wenn zuvor der Vertrag ... an ZWIGL beurkundet ist.

Beschluss:

Die Vorlage wurde in den Bau- und Planungsausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Die Verweisung erfolgte einstimmig mit 32 Ja-Stimmen.

29 Magistratsvorlagen Personalangelegenheiten

Es gab keine Vorlagen.

30 Bekanntgaben an die SVV

Es gab keine Bekanntgaben.

Nachträge zur Tagesordnung

31 Bericht des Ausschusses JKS, betr.: Antrag der CDU-Fraktion über die Zukünftige Jugendarbeit in Büdingen

Vorlage: III/491/2016/1/1

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. Die Jugendarbeit der Stadt Büdingen wird ab dem 01.01.2017 zunächst für

ein Jahr extern vergeben, um eine kontinuierliche Weiterführung der Jugendarbeit zu gewährleisten. Der Magistrat wird beauftragt unverzüglich entsprechende weitere Schritte zwecks Vertrag und Vergabe zu veranlassen.

2. Der abzuschließende Vertrag wird durch das in Magistrat und Verwaltung erarbeitete Konzept zur Weiterführung der Jugendarbeit inhaltlich ergänzt. Quartalsberichte und ein ausführlicher Jahresbericht bilden die Grundlage kontinuierlicher evaluierender Gespräche.
3. Um eine Kontinuität in der Jugendarbeit zu gewährleisten, ist die Fortführung des Vertrages sofern möglich an das bestehende Konzept und die derzeit beschäftigten Personen gebunden.
4. Die Verwaltung wird aufgefordert, den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 15.07.2016 bezüglich der Räumlichkeiten unverzüglich umzusetzen.
Im Verhinderungsfall wird die Verwaltung beauftragt, schnellstmöglich Räumlichkeiten für ein Jugendbegegnungscafé zu finden.
In diesem Zusammenhang ist der zukünftige Sitz der städtischen Jugendpflege zu klären. Dabei ist ausdrücklich darauf zu achten, dass ein möglichst freier Zugang für alle Jugendlichen gewährleistet ist.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschloss wie vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss erfolgte einstimmig mit 32 Ja-Stimmen.

Ende der Sitzung: 22:42 Uhr.

Büdingen, den 17. Oktober 2016

Schriftführer

(Reiner Marhenke)
Vorsitzender